

Inhalt:

So sieht eine Siegerin aus!

Nach der erfolgreichen Europa-Wahl verabschiedet sich die Bremer grüne Fraktion mit einem lachenden und einem weinenden Auge von ihrer ›alten Häsin‹ Helga Trüpel. [... zum Artikel](#)

Strafvollzug für Jugendliche verbessern!

Die rot-grüne Bundesregierung in Berlin will gesetzlich regeln, was im Jugendstrafvollzug passieren soll. [... zum Artikel](#)

Bikini oder Badeanzug?

Die grüne Bürgerschaftsfraktion setzt sich verstärkt für den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen in Bremen und Bremerhaven ein. Eine Ganztagsschulwoche hat die Bildungs- und JugendpolitikerInnen darin bestätigt. [... zum Artikel](#)

Gentechnik: Weder auf dem Acker noch im Essen!

Die gegenwärtige Weichenstellung für die Agro-Gentechnik (auch Grüne Gentechnik genannt, obwohl gerade Bündnis 90/DIE GRÜNEN dagegen sind) entscheidet über die Lebensmittelproduktion der nächsten Jahrzehnte, möglicherweise gar Jahrtausende. [... zum Artikel](#)

Ausgleichsfläche für CT IV: Senat hat schlecht verhandelt!

Für den umstrittenen Bau des CT IV in Bremerhaven hat das Land Bremen lange und offensichtlich nicht besonders geschickt mit Niedersachsen über den Ankauf von 600 Hektar Luneplate als Ausgleichsflächen verhandelt. Wie Kauf und Folgekosten finanziert werden sollen, steht in den Sternen. [... zum Artikel](#)

Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Termine](#)

[Impressum](#)

So sieht eine Siegerin aus!

Nach der erfolgreichen Europa-Wahl verabschiedet sich die Bremer grüne Fraktion mit einem lachenden und einem weinenden Auge von ihrer ›alten Häsin‹ Helga Trüpel.

Es war eine Zitterpartie am Abend des 13. Juni im ›Salomon's‹ – für Bremen, für Deutschland, für Europa: Nicht nur, dass der Juniabend eine recht frische Sommernacht war und Fußballstar Zidane den Franzosen erst in der Nachspielzeit den ersten Vorrundensieg sicherte. Das Zittrigste am ganzen Abend war die Zukunft der grünen Noch-Bürgerschaftsabgeordneten Helga Trüpel: Würde sie dem Hohen Haus an der Weser erhalten bleiben? Oder doch europäische Luft schnuppern?

Mittlerweile wissen es alle: Helga Trüpel ist jetzt Abgeordnete des Europäischen Parlaments und arbeitet vom Sommer an in einer anderen grünen Fraktion. Die Bremische Bürgerschaft hat nach der Sommerpause eineN neueN VizepräsidentIn. Der grüne Parlamentarier Klaus Möhle muss sich eine neue SitznachbarIn suchen.

Aber nicht nur auf die Bürgerschaft wirkt sich Helga Trüpels Wahlerfolg aus. Auch innerhalb der grünen Fraktion an der Schlachte werden die Karten neu gemischt. Wer wird der ehemaligen Kultursenatorin im Kulturbereich nachfolgen? Wer übernimmt ihre Aufgabe im Europa-Ausschuss? Diese Überlegungen bringen viel Bewegung in die Fraktion. Eine indirekte Folge von Trüpels Parlamentswechsel ist, dass die Wahl des Fraktionsvorstands erst einmal verschoben wurde.

In Sachen Space Park wird sich das kollektive grüne Gedächtnis anstrengen, um das Trüpelsche Wissen über diese Never Ending Story zu ersetzen.

Und die alte und neue Abgeordnete Trüpel? Macht jetzt erst einmal wohlverdienten Urlaub nach der aufreibenden Wahlkampfzeit. Sie wird in Bremen wohnen bleiben und nach Brüssel und Straßburg pendeln: Dienstags bis Donnerstags ist ihr Arbeitsplatz ›in Europa‹. Zum ersten Mal wird Helga Trüpel ihren 731 europäischen Abgeordneten-KollegInnen am 20. Juli bei der konstituierenden Sitzung des Plenums in Straßburg begegnen. Nach den europäischen Parlamentsferien im Sommer geht die Arbeit Ende August richtig los. Die Bremer grüne Fraktion plant schon einen Besuch in Brüssel.

Liebe Helga, du wirst uns fehlen!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Strafvollzug für Jugendliche verbessern!

Die rot-grüne Bundesregierung in Berlin will gesetzlich regeln, was im Jugendstrafvollzug passieren soll.

Seit den sechziger Jahren wird von Fachleuten eine gesetzliche Regelung für den Jugendstrafvollzug gefordert. Erziehung und Hilfen rücken in den Vordergrund. Das neue Gesetz soll Mindestanforderungen festlegen, etwa für Schule, Ausbildung und Therapien. Das wird auch Auswirkungen in Bremen haben.

Denn bislang setzt der Bremer Anstaltsleiter auf Sanktionen und negative Rückmeldungen – also das, was die Jugendlichen ihr Leben lang kennen und dazu beigetragen hat, dass sie Straftaten begangen haben. Ein solches Konzept wäre mit dem Gesetz nicht mehr möglich. Das wäre ein Fortschritt. Denn eine Rückfallquote unter den Jugendlichen von 80 Prozent macht deutlich, dass vieles anders werden muss.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Bikini oder Badeanzug?

Die grüne Bürgerschaftsfraktion setzt sich verstärkt für den Ausbau von gebundenen Ganztagschulen in Bremen und Bremerhaven ein. Eine Ganztagschulwoche hat die Bildungs- und JugendpolitikerInnen darin bestätigt.

Nach Auffassung der Grünen sollten Ganztagschulen in allen Stadtteilen angeboten werden, mindestens je eine Grundschule und eine weiterführende Schule. Klar ist: So ein Projekt lässt sich nicht kurzfristig umsetzen. Ziel könnte es aber sein, pro Jahr sechs neue Ganztagschulen einzuführen.

Im Rahmen einer Ganztagschulwoche verschaffte sich die grüne Fraktion einen Eindruck über den Stand und die konkrete Situation in sieben Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I in Bremen und Bremerhaven. Dort führten die Abgeordneten Gespräche mit Schulleitungen, LehrerInnen und SchülerInnen über ihre Erfahrungen mit der Ganztagschule.

Besonders deutlich wurde dabei, dass der Ausbau von Ganztagschulen in eine für alle Kinder und Jugendlichen verbindliche Form wichtiges Ziel für gute Schule ist. Damit kann auch den veränderten familiären Bedingungen Rechnung getragen werden.

Zentrales Thema bei der Einführung von Ganztagschulen ist die Frage nach einer engen Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe und Sportvereinen. Deutlich wurde auch, dass wir ein Ganztagsmodell aus einem Guss brauchen und wollen. Anja Stahmann, die bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion, fordert: ›Wir wollen das enge Unterrichtskorsett im 45-Minuten-Takt am Vormittag sprengen. Wir brauchen eine bessere Verzahnung von Unterricht und Betreuung. Das geht nur, wenn alle Kinder auch am Nachmittag in der Schule sind. In anderen europäischen Ländern ist das eine Selbstverständlichkeit.‹

Im Rahmen der Kampagne ›Gute Bildung? Gute Besserung!‹ hat die Bremer Grünen-Fraktion eine neue Postkarte hierzu entworfen. Sie fragt: ›So oder so?‹ und erklärt dann: ›Bikini oder Badeanzug? Am Strand Geschmackssache – bei Ganztagschulen eine klare Entscheidung für den Einteiler!

Die grüne Fraktion will Ganztagschulen aus einem Guss. Das so genannte Bikini-Modell – zwei nicht miteinander verbundene Teile, die nur das nötigste bedecken – greift zu kurz.‹

Mehr Infos unter:

www.gute-bildung-gute-besserung.de

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gentechnik: Weder auf dem Acker noch im Essen!

Die gegenwärtige Weichenstellung für die Agro-Gentechnik (auch Grüne Gentechnik genannt, obwohl gerade Bündnis 90/DIE GRÜNEN dagegen sind) entscheidet über die Lebensmittelproduktion der nächsten Jahrzehnte, möglicherweise gar Jahrtausende.

Ohne erkennbaren Nutzen soll damit eine Risikotechnologie neuer Dimension in großem Maßstab in Europa eingeführt werden. Bereits jetzt gibt es den Erprobungsanbau in Sachsen-Anhalt und Bayern auf geheim gehaltenen Feldern. Wir Grüne halten dagegen. Uns geht es um die Vorsorge gegen gesundheitliche und ökologische Risiken dieser Technik, aber auch um die Wahrung ökonomischer Chancen, die sich aus der ungebrochenen Nachfrage nach gentechnikfreien Lebensmitteln ergeben.

Die grüne Verbraucherschutzministerin Renate Künast hat ein Gentechnikgesetz zum Schutz der gentechnikfreien Produktion auf den Weg gebracht. ›Die Einführung der gesamtschuldnerischen Haftung ist das härteste Schwert, um dem Einzug der Gentechnik bei der Lebensmittelproduktion einen Riegel vorzuschieben‹, kommentiert die umweltpolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion, Karin Mathes, das Ergebnis. Die ›gesamtschuldnerische Haftung‹ bedeutet, dass jeder Landwirt, der Gentechnik anwendet, in Haftung genommen werden kann, wenn in gentechnikfreien Betrieben die Ernte verdorben wird.

›Das Gesetz fügt sich in eine Reihe von Regelungen, die wir Grünen voranbringen, um die Existenz von gentechnikfreier Landwirtschaft und gentechnikfreien Lebensmitteln zu sichern‹, ergänzt Mathes.

Seit dem 18. April diesen Jahres gilt europaweit eine verbesserte Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel. In Bremen streitet die grüne Bürgerschaftsfraktion für die Einrichtung einer gentechnikfreien Zone. Der entsprechende ins Parlament eingebrachte Antrag wurde von der großen Koalition abgelehnt. ›Obwohl die SPD und auch Teile der CDU uns in der Sache unterstützen, ganz Bremen gentechnikfrei zu halten, sind sie zu feige, dazu auch öffentlich zu stehen‹, interpretiert die Umweltpolitikerin die Bürgerschaftsdebatte vom Februar.

Die grüne Umweltpolitikerin will nun einen erneuten Anlauf starten, damit alle Möglichkeiten genutzt werden, die Freisetzung gentechnisch manipulierter Pflanzen in die Umwelt zu verhindern. ›Man darf aber die Möglichkeiten der Politik nicht überschätzen. Letztendlich entscheiden die VerbraucherInnen mit ihrem Kaufverhalten, wohin sich die Nahrungsmittelproduktion entwickeln wird.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Ausgleichsfläche für CT IV: Senat hat schlecht verhandelt!

Für den umstrittenen Bau des CT IV in Bremerhaven hat das Land Bremen lange und offensichtlich nicht besonders geschickt mit Niedersachsen über den Ankauf von 600 Hektar Luneplate als Ausgleichsflächen verhandelt. Wie Kauf und Folgekosten finanziert werden sollen, steht in den Sternen.

Mit 400 Hektar dringend benötigter Ausgleichsfläche für den Bau des CT IV fing alles an. Und die Rede war von 17,7 Millionen Euro, die das Land Bremen ursprünglich für das Stück niedersächsisches Land auf der Luneplate im Süden Bremerhavens ausgeben wollte. Jetzt kauft Bremen Niedersachsen 600 Hektar ab und bezahlt 33 Millionen Euro. Das sind 15,3 Millionen mehr als geplant.

Sind diese Mehrkosten schon keine ganz kleine Summe, besteht der eigentliche Clou in einer unscheinbaren, aber folgenreichen Zusage: Bremen hat versprochen, die 200 Hektar, die nicht als Ausgleichsfläche vorgesehen sind, als Gewerbegebiet zu erschließen.

Nimmt man einen durchschnittlichen Erschließungspreis von 150 Euro pro Quadratmeter an, würde das eine Summe von 300 Millionen Euro bedeuten. Damit haben die Bremer Verhandler ein Fass ohne Boden aufgemacht! Unklar ist, woher das Geld kommen soll: In den Baukosten für CT IV sind zwar Ausgaben für Ausgleichsflächen geplant. Die decken aber nicht die 33 Millionen Euro ab. Außerdem bleiben die Kosten für die Gewerbeflächenerschließung unberücksichtigt. Aber CT IV und ein Gewerbegebiet Luneplate sind ja auch zwei unterschiedliche Projekte. Im Haushalt ist bislang jedenfalls kein Geld eingestellt, der Senat hüllt sich in Schweigen. Einzige Chance des Eingreifens: Die Bürgerschaft wird sich diesem Thema noch widmen, so dass die grüne Fraktion – und hoffentlich auch weitere Abgeordnete – die parlamentarische Kontrolle an diesem Punkt ausreizen können.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grüne Ecke:

Schlag nach bei Shakespeare

Was unterscheidet Henning Scherf von Romeo Montague? – Der eine befürwortet den Space Park. Für den anderen ist diese Bezeichnung in einem Streit mit seinen Gefährten Mercutio und Benvolio nach den harmlosen Beschimpfungen ›Bayernfan‹ und ›Frauenverstehler‹ die ultimative Bösartigkeit: ›Du Space-Park-Befürworter!‹ Zumindest in der gerade abgesehenen ›Romeo und Julia‹-Adaption am Bremer Schauspiel.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:Aktion

Überseestadtwohnen

Bei einer gut besuchten Podiumsdiskussion im Speicher XI mit Ulrich Keller von der BIG, Detlef Kniemeyer von der Überseestadt und den grünen bau- und wirtschaftspolitischen SprecherInnen der Fraktion, Karin Krusche und Klaus Möhle, war die weitere Entwicklung der Überseestadt zentrales Thema. Publikum und Grüne trugen gemeinsam die Forderung an den BIG-Mann Keller heran, nicht nur Großinvestoren den Weg in die Überseestadt zu ebnen. Einig war man sich darin, dass auch Wohnen auf dem Areal möglich werden soll.

Sorge um Eis und Arbeit

Mitte Mai war die grüne Bürgerschaftsfraktion erneut zu Besuch in Bremerhaven. Diesmal wollten die ParlamentarierInnen sich vor Ort über die Notwendigkeit eines neuen Eisstadions, über die Arbeitsmarktsituation und den Hafenausbau informieren. Die Stadt kann zu Recht stolz sein auf ihr erfolgreiches Eishockeyteam. Das braucht ein besseres Stadion.

Wall(e)-Fahrt

Die Situation der Kaufleute und im Waller Fleet, die Entwicklung des Stadtteils seit der Sanierung und die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen: Das waren nur einige der vielen Fragen und Probleme, über die sich die grüne Fraktion bei ihrem Stadtteilbesuch in Walle von Ortsamtsleiter Peter Mester und VertreterInnen von Initiativen berichten ließ. Ein erkenntnisreicher Tag!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Neues aus der Bürgerschaft

Bremer Wirtschaftskraft

Das wirtschaftliche Potenzial von UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund stand im Mittelpunkt einer Großen Anfrage der Grünen in der Juni-Bürgerschaft. Rund 2.000 migrantische Unternehmer und Selbständige gibt es mittlerweile in Bremen, und sie betreiben längst nicht mehr nur ein paar Dönerbuden oder Gemüseläden.

Obwohl der Gründerboom in den nächsten Jahren noch zulegen wird, nimmt die Bremer Wirtschaftsförderung das Potenzial nicht wahr.

Klaus Möhle, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion, hob hervor, dass die gezielte Förderung migrantischer Unternehmer und Existenzgründer unabdingbar sei, wenn Bremen den Strukturwandel erfolgreich meistern will.

Nachhaltige Wirtschaftskraft wachse immer von der Basis aus, nicht durch aufgepfropfte Subventionsdenkmäler wie den Space Park.

mehr Infos: [Klaus Möhle](#)

Kein Misstrauen gegen Perschau?

Mindestens 250 Millionen Euro sind in den unendlichen Weiten des Space Parks verschwunden. Der dringende Ausstiegswunsch der Dresdner Bank aus diesem desaströsen Projekt Mitte Mai ist der letzte Beleg dafür, dass sich das unvermietete ›Einkaufszentrum mit Rakete‹ niemals rechnen wird. Und wer ist verantwortlich? ›Die Verantwortung tragen wir alle‹, so Henning Scherfs Lösung des Problems. Sicherlich nicht ›wir alle‹ sind die grünen Bürgerschaftsabgeordneten, die als Einzige Konsequenzen aus dem Debakel gefordert und einen Misstrauensantrag gegen den verantwortlichen Senator gestellt hatten. Mit einer Ablehnung des Antrags gegen Hartmut Perschau vergaben fast alle Großkoalitionäre die Chance, einen Schlussstrich zu ziehen. Stattdessen forderten sie den Wirtschaftssenator auf, ›jetzt an die Arbeit‹ zu gehen. Was hat der Mann in den letzten neun Jahren gemacht?

mehr Infos: [Dr. Helga Trüpel](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Gastkommentar

Seit dem 18. April müssen genmanipulierte Lebens- und Futtermittel in der EU gekennzeichnet werden. Dies gilt jedoch nicht für Produkte wie Käse, Milch, Fleisch oder Eier, die von mit Gen-Pflanzen gefütterten Tieren stammen. Aufklärung ist nötig, denn diese Einschränkungen der Kennzeichnungspflicht sind durchschnittlichen Konsumenten nicht bewusst.

Wir sind als vorbildlicher Modellmarkt ausgezeichnet worden, weil wir das Ziel verfolgen, regionale, ökologische und fair gehandelte Lebensmittel zu fördern. In den Supermarkt ›um die Ecke‹ kommen überwiegend normale Verbraucher, deren ökologisches Bewusstsein nur behutsam geweckt werden kann. Daher wenden wir uns immer gern an die Kunden, bei denen bereits ein Anfangsinteresse besteht. Wenn wir ihnen unaufdringlich auf Augenhöhe begegnen, wird man uns ernst nehmen und zuhören wollen. Bei der Aufklärung der Verbraucher helfen uns die strengen Kriterien des ökologischen Landbaus, die den völligen Verzicht auf Gentechnik garantieren.

Die Wahlfreiheit der Erzeuger und Verbraucher, gentechnikfrei zu erzeugen bzw. einzukaufen, muss erhalten bleiben. Die große Mehrheit der Verbraucher lehnt Gentechnik wegen möglicher Risiken für Gesundheit und Umwelt ab. Darum müssen Erzeuger und Handel dafür sorgen, dass bei der Herstellung keine gentechnisch veränderten Organismen und Pflanzen eingesetzt werden.

Björn Harste, Leiter des Spar-Markts Neustadt

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

grün:in der Mache

Studiengebühren für Auswärtige?

Gut gemeint ist nicht gleich gut gemacht! Der Vorschlag der großen Koalition, wonach Landeskinder keine Studiengebühren für das Erststudium zahlen sollen, alle anderen dafür aber zur Kasse gebeten werden, ist unausgegoren und verfassungsrechtlich nicht haltbar. Es ist verständlich, dass die große Koalition die Einwohnerzahlen steigern möchte, damit mehr Geld über den Länderfinanzausgleich in den Haushalt fließt. Der aktuelle Vorschlag, Studiengebühren von allen zu verlangen, die außerhalb der Bremer Landesgrenze wohnen, ist ein peinliches Beispiel für Kleinstaaterei. Im Übrigen studieren zurzeit auch Bremerinnen und Bremer in anderen Bundesländern – die müssten sich dann konsequenterweise an ihrem Studienort anmelden.

Nach dem Hochschulrahmengesetz ist das Erststudium gebührenfrei. Ausnahmen für Länder gibt das Gesetz nicht her. Unabhängig davon wird das Modell nicht EU-rechtskonform sein. Der CDU-Senat in Hamburg hat zum Sommersemester 2004 ein ähnliches Modell eingeführt. Die ersten Musterklagen werden gegenwärtig vorbereitet. Noch so jung und schon ein Auslaufmodell.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Termine

Good Food statt Gen-Food Mit Sicherheit gut essen!

›Was passiert, wenn ich Kekse mit gentechnisch verändertem Weizen esse? Steckt in der Tomate ein Nuss-Gen?‹

Am 6. Juli präsentiert sich im Festsaal der Bremischen Bürgerschaft ab 19.00 Uhr ein Informationsbasar rund um gentechnikfreie Lebensmittel und umweltgerechte Landwirtschaft, Einkaufsmöglichkeiten vom Bioladen bis zum Supermarkt und mit Bio-Genuss vom Hof Bavendamm (Demeter). Außerdem bietet der Abend eine Podiumsdiskussion mit Zeit für Fragen. Das absurd-witzige Musikkabarett ›theatre du pain‹ sorgt mit zwei Auftritten für kulturelle Höhepunkte. Bei diesem offenen Forum kann man sich Zeit nehmen oder nur mal kurz auf dem Weg nach Hause vorbei gucken, Kultur und Kulinarisches genießen, zuhören und mitreden.

Auf dem Podium:

Heike Moldenhauer, BUND

Dr. Heribert Wefers, Arbeitskreis gentechnikfreie Lebensmittel

Dr. Karin Mathes, umweltpolitische Sprecherin der grünen Bürgerschaftsfraktion

theatre du pain:

ca. 19.45 und 21.30 Uhr

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Impressum

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Telefon: 0421/30 11-0

Telefax: 0421/30 11-250

e-mail: fraktion@gruene-bremen.de

internet: www.gruene-bremen.de

V.i.S.d.P.:

Ulrike Bendrat

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

Gestaltung: Designbüro Möhlenkamp

Relaunch und Satz: Thomas Kollande

Fotos: Ulrike Bendrat, Dagmar Bleiker, Andreas Caspari, Monika Heuß, Thomas Kollande, Space Park Bremen/Czerski, Maria Spieker, Anja Stahmann/ Werk21-Berlin, www.hgr-web.de/ags/astro/html/fotos.htm

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)